



Wigbert Schwenke
CDA-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man sich derzeit das Weltgeschehen, auch die täglichen Nachrichten hier in Deutschland anschaut, wird man an die Zeit des Kalten Krieges, ja sogar an die Geschehnisse vor 90 Jahren in der Weimarer Republik, erinnert. Nationalisten gewinnen Wahlen und dies nicht „weit weg, irgendwo in der Welt“, nein hier im Alten Europa. In der Wiege der Demokratie geht das Vertrauen in Demokratie verloren. Die Sorge um die Zukunft Europas wächst.

Auch bei uns in Deutschland haben Populisten und Demagogen rechts und links von uns regen Zulauf. Die Gesellschaft ist zunehmend gespalten. Das Vertrauen in Politik und Politiker ist massiv geschwunden. Auch den Medien trauen viele Menschen nicht mehr. Natürlich hat auch der Kontrollverlust in unserem Land, egal ob nur gefühlt oder realistisch vorhanden, nach der sogenannten Flüchtlingskrise zur Verunsicherung der Bevölkerung massiv beigetragen. Der permanente Streit zwischen den unterschiedlichen Parteien, ja auch in den Parteien selbst, hat den Vertrauensverlust noch verstärkt. Eine ordentliche Streitkultur ist kaum mehr vorhanden.

Auch der Streit innerhalb der Unionparteien war eine Katastrophe. Die CDU/CSU ist die letzte wirkliche Volkspartei! Dazu gehören unterschiedliche Meinungen, aber diese müssen endlich wieder sachlich und lösungsorientiert ausgetauscht und diskutiert werden. Nur wenn uns das gelingt, wenn wir Lösungen anbieten, kann Vertrauen zurückgewonnen werden. Die Menschen erwarten Antworten und keinen Streit!

Da sind auch wir als CDA gefordert! Gerade die Arbeitnehmer und die Menschen, die Angst haben sozial abgehängt zu werden, sind anfällig für platte Sprüche und lösungsleere Kritik! Es gilt, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und sie wieder mehr in den Fokus der Politik zu rücken. Hier ist es gerade unsere

Aufgabe als CDA, uns hier stark zu machen und unsere Wurzeln aus der christliche Soziallehre in den Vordergrund zu stellen.

Und wir müssen auch über unsere Erfolge reden, damit die Menschen merken, dass es uns um ihre Sorgen, ihre Zukunft geht.

Um nur ein Beispiel für erfolgreiche Politik zu nennen: Die vor Jahren von der SPD abgeschaffte Parität in der Krankenversicherung wiederherzustellen war ein ständige Forderung der CDA. Jetzt ist diese Forderung durchgesetzt. Das ist ein CDA-Erfolg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wir als kleiner Landesverband können unseren Anteil leisten, Vertrauen zurück zu gewinnen. Dazu gehört Präsenz vor Ort, aber auch das Gespräch im Arbeits- und Wohnumfeld. Lassen wir uns wieder mehr auf den Dialog mit unseren Nachbarn oder mit Mitbürgern auf den Straßen ein. Der 1.Mai ist da eine Möglichkeit und vor allem der CDA-KV Halle praktiziert das mit Infoständen z.B. am Tag der CDA. Öffentliche Veranstaltung, aktuell zu Themen wie KiFöG oder Pflege, sind eine weitere bewährte Methode. Hier hat gerade der CDA-KV Magdeburg in der letzten Zeit sehr gut besuchte Veranstaltungen organisiert

Der Landesvorstand wird auch weiterhin Betriebsbesuche durchführen um Erfahrungen zu sammeln und zu zeigen, dass uns die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig sind.

Und dies wird alles ausschließlich ehrenamtlich geleistet! Für dieses große ehrenamtliche Engagement möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Mit glaubhaftem Einsatz für unsere Mitmenschen können auch wir dazu beitragen, dass das Vertrauen in Politik und Demokratie wieder wächst

*Der sozialpolitische
Flügel der CDU*

Was unsere Gesellschaft zusammenhält



Jürgen Scharf
Mitglied im CDA-Landesvorstand

Was ist der Kitt in unserer Gesellschaft? Was brauchen wir, um gut zusammen leben zu können? Welcher Gesellschaftsentwurf ist zukunftstauglich? Diese Fragen müssen in gewissen Abständen immer wieder neu gestellt und neu beantwortet werden. Bei der Suche nach der richtigen Antwort werden wir auf alte, z.T. sehr alte, gesellschaftliche Erfahrungen zurückgreifen können, werden aber auch Fragen beantworten müssen, die sich vor kurzem überhaupt noch nicht stellten.

Es gibt keinen gesellschaftlichen Konsens mehr über die Grundlagen und Ziele der Gesellschaft. Es gibt keine Verständigung mehr, worin der einzelne Mensch in seiner Existenz den Sinn seines individuellen Lebens finden kann. Ja es gibt noch nicht einmal mehr eine Verständigung darüber, ob der Mensch sein Leben selber finden kann oder ob er dazu die Gemeinschaft naher Angehöriger, Freunde, familiärer Bindungen oder anderer Beziehungen bedarf. Ja es gibt auch keine Verständigung mehr darüber, ob für ein Volk, eine Nation oder einen Staat

oder die Gattung Mensch als solche die Bindung oder Rückbindung an eine Religion zur Sinnfindung notwendig und hilfreich sein kann.

Was können wir als Menschen leisten? Was können wir aber auch getrost dem Lauf der Zeit überlassen? Christen wissen: Der Mensch ist nicht selbst der Weltenschöpfer. Der Mensch darf abhängig sein. Auch jeder Politiker muss sich fragen, ob er „selber der Allerhöchste sein will oder dem Allerhöchsten verpflichtet sein will.“ (Beckstein, Vortrag Hermannsburg „Politik und Reformation“ 01.02.2014)

Es ist auf alle Fälle eine im Großen und Ganzen vernünftige Sachpolitik, die die CDU auszeichnet. Eine Politik der Mitte, die bisher allen Extremen widerstanden hat, die populistischen Verführungsargumenten widerstanden hat und hoffentlich auch weiterhin widersteht.

Es gibt seit einigen Jahren einen neuen Ausdruck, der zu Recht Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD gefunden hat. Er heißt „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Schon in der Überschrift lesen wir „Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ und finden weitere 20 Fundstellen. Den Verfassern des Koalitionsvertrages ist offensichtlich klar, dass mit dem Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auch die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft in Gefahr gerät.

Die Welt kommentiert in der Ausgabe vom 20.09.2018 eine Allensbach-Umfrage unter der Überschrift „Die Deutschen erleben die Gesellschaft als tief gespalten“: „Die gute Wirtschaftslage ist bei weiten Teilen der Bevölkerung angekommen [...] Zwei Drittel der

Befragten beurteilten den gesellschaftlichen Zusammenhalt als zu schwach. Und nur noch 27% hätten Vertrauen in die politische Stabilität des Landes. [...] Entscheidend für den Aufstieg der AfD ist der starke Flüchtlingszustrom gewesen [...] Das Flüchtlingsthema ist nach wie vor das Potenzmittel der AfD.“

Zum EU-Gipfel in Brüssel schreibt die Zeitung DER NEUE TAG aus Weiden am 29.06.2018: „Populisten wie Orban, Salvini, Kaczynski, Babis und Kurz übernehmen die Meinungsführerschaft in Europa. Wollen wir das wirklich? Eine Rückkehr in die Dunkelheit? Der Grenzen? Des Nationalismus? Es ist nicht zu spät. Schmettern wir den Demagogen lieber Friedrich Schillers Ode ‚An die Freude‘ entgegen: ‚Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt‘.“ Alles Gerede, dass die CDU nach rechts rücken soll, dass sie konservativer werden soll, wird entlarvt durch die moderne Übersetzung des alten Wortes Nächstenliebe. Es wird heißen: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Dafür soll sich die CDA in der CDU und in der ganzen deutschen Gesellschaft und darüber hinaus tatkräftig einsetzen.



Die CDU muss der breite Strom in der Mitte bleiben



Die CDU ist vielleicht die derzeit einzig verbliebene Volkspartei in Deutschland. Sie trägt damit eine herausgehobene Verantwortung für die Demokratie in diesem Land. Zufällig ist der Charakter der CDU als Volkspartei nicht. So heißt es im Jahr 2007 beschlossenen Grundsatzprogramm: „Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. In ihr sind auch heute die politischen Strömungen lebendig, aus denen sie nach 1945 entstanden ist: die christlich-soziale, die liberale und die wertkonservative. Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde und davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.“ So soll es nach meiner Auffassung auch bleiben.

Die CDA hat immer ihre Beiträge auf der Grundlage evangelischer Sozialethik und katholischer Soziallehre geliefert. Ein Schlüsselbegriff ist die Subsidiarität. Ein Wort, welches mir zu DDR-Zeiten unbekannt war. Es passte offensichtlich nicht in eine zentral geleitete Diktatur. Es heißt schlicht, die kleine Einheit hat Vorrang vor der

großen und die untere Ebene hat Vorrang vor der oberen, solange nicht der Nachweis erbracht ist, dass die kleinere Einheit oder die untere Ebene mit der Leistungserbringung überfordert ist. Hilfe zur Selbsthilfe, nicht Vollversorgung, soll immer das oberste Handlungsprinzip der jeweils übergeordneten Instanz sein. Wenn wir diese einfachen Grundsätze beachten, können wir es schaffen, den vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart so gerecht zu werden, dass uns die Menschen weiterhin oder wieder verstehen und uns ihr Vertrauen schenken. Die CDU und ihre Funktionsträger können sich so davor schützen, abgehoben zu sein oder zu wirken.

Die CDA liefert ihre Impulse z.B. auf dem Gebiet der Neuorganisation der Arbeitswelt angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung: Die Menschen mit ihren Familien müssen im Mittelpunkt bleiben. Die soziale Marktwirtschaft ist zu stärken und nicht marktradikal zu schleifen. Der Markt muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Kinderbetreuung und Schule: Die Menschen mit ihren Familien müssen im Mittel-

punkt bleiben. Chancengerechtigkeit muss verwirklicht werden.

Europa: Europa muss weiter erfahrbar werden, als eine der demokratisch regierten, wirtschaftlich erfolgreichen und friedlichen Regionen in der Welt.

Migration und Integration: Wir müssen anerkennen, dass eine zusammenwachsende Welt auf uns zukommt. Wir müssen andere, auch uns fremd vorkommende Kulturen, kennenlernen und den Menschen, die das Recht haben auf Dauer oder für längere Zeit in Deutschland zu bleiben, helfen, sich gut zu integrieren.

Auf die CDA wird weiter Verlass sein. Sie weiß aber auch, dass ein Handeln der CDU immer besonders erfolgreich war, wenn sich ihre Vereinigungen in wichtigen Zielen einig waren. Diese Vielfalt in der Einheit muss die CDU auch weiterhin wollen, dann kann sie am besten Populisten und Extremisten mit ihren vermeintlich „einfachen Lösungen“ erfolgreich entgegen-

Jürgen Scharf



Bericht vom Bundesausschuss der CDA

am 29. September 2018 in Berlin



Uwe Bruchmüller
CDA-Landesvorsitzender a.D.

Die CDA hat sich auf dem Bundesausschuss klar und einmütig positioniert. In vielen Punkten konnte Einstimmigkeit erreicht werden. Die wesentlichen Punkte:

Deutschland im Jahr 2018 ist ein starkes Land!

Nie in seiner Geschichte war es in einer so guten Verfassung. Nie wurde Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus stärker gelebt als heute. Unser Land gehört außerdem zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Dazu trägt besonders das deutsche Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bei. Trotzdem bröckelt der Zusammenhalt in unserem Land und in unserer Gesellschaft. Das ist eine zutiefst beunruhigende Entwicklung. Durch so genannte Fake News, durch falsche Behauptungen und Verschwörungstheorien, durch Panikmache, durch das Schüren von Ängsten, durch eine immer aggressivere politische Sprache, dadurch, dass Schwache und Schutzlose als Sündenböcke diffamiert werden, verroht die politische Auseinandersetzung und wird das gesellschaftliche Klima vergiftet. Wir als Christlich-Soziale dürfen keine Scheu haben, hier selbstbewusst zu widersprechen. Wir müssen es genauso klar und deutlich auf den Punkt bringen, wie es vor 96 Jahren der Zentrumspräsident und Reichskanzler Joseph Wirth

formuliert hat: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“ Wir sind Christdemokraten, keine Rechtsdemokraten.

Zusammenhalt der Gesellschaft

Der Zusammenhalt jeder Gesellschaft fußt auf zwei Säulen. Die erste Säule ist: Eine Gesellschaft findet und hält zusammen, wenn dieselben Werte geteilt werden. Genauso wichtig ist die zweite Säule: Jeder in der Gesellschaft muss das Gefühl und die Sicherheit haben, am allgemeinen Wohlstand dieser Gesellschaft teilnehmen zu können. Stehen diese Säulen nicht mehr fest, dann gerät der soziale Zusammenhalt ins Wanken.

Falsche Worte schaffen falsche Werte!

Alle, die in der politischen Diskussion stehen und streiten, müssen sehr genau auf ihre Wortwahl achten. Deswegen ist es gut, dass Begriffe wie „Asyltourismus“ oder „Anti-Abschiebe-Industrie“ nicht mehr verwendet werden. Solche Bezeichnungen sind sachlich falsch, schüren Ressentiments und helfen nur Rechtspopulisten. Die politische Auseinandersetzung darf hart in der Sache geführt werden, aber nicht hartherzig gegenüber anderen Menschen und Minderheiten. Wer mit der Attitüde des „Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen“ letztlich nur die Formen des guten Benehmens verletzt und Wahrheit durch Vulgarität ersetzt, dem steht es letztlich frei, sich nach Kräften zu blamieren. Als CDA wünschen wir uns allerdings, dass eine Diskussion durch Argumente, nicht Aggression bestimmt wird.

Ausländerpolitik:

Wichtig für eine Bewältigung der zweifellos bestehenden Probleme ist eine strikte Trennung von Einwanderungspolitik und Asyl- sowie Flüchtlingspolitik. Dass im Koalitionsvertrag beschlossen wurde, ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden, ist ein wesentlicher Fortschritt in dieser Frage. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, um dem Fachkräftemangel

zu begegnen und Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich für eine berufliche Existenz in Deutschland zu bewerben. Denn Deutschland ist mittlerweile ein Einwanderungsland; ohne Zuwanderung so genannter „Gastarbeiter“ hätte der Wohlstand in Deutschland nie erreicht werden können. Ebenso entscheidend ist die Tatsache, dass mittelfristig Anerkennungsverfahren von Asylanträgen in viel kürzerer Zeit bearbeitet werden müssen, als dies momentan der Fall ist. Es muss möglich sein, hier in einem Zeitraum von Wochen oder Monaten, nicht Jahren zu einer Entscheidung zu kommen - selbstverständlich nach sorgfältiger, individueller Bewertung und gegebenenfalls der Nutzung rechtlicher Widerspruchs- und Überprüfungsmöglichkeiten. Wir müssen sachgerechte Lösungen anbieten! Konzepte, die den Menschen helfen. Einfache, populistische Parolen sind dabei keine Lösungen.

Für eine Bildungspolitik, die Werte schafft

Grundlegend für eine gerechte Gesellschaft ist ein exzellentes und durchlässiges Bildungssystem. Auch Kinder mit schwierigen Startverhältnissen und wenig Unterstützung von den Eltern müssen je nach Begabung einen Schul- und Berufsabschluss erreichen. Wir lassen kein Kind zurück! Das ist die Grundlage für eine volle Teilhabe an der Arbeitswelt und damit für ein Leben auf eigenen Beinen. Nur so finden unsere Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand die notwendigen Arbeitskräfte. Hier sollte über „Familienlotsen“ nachgedacht werden, die zielgerichtet über die Schnittstellen von Schule, Jobcenter und Jugendamt hinweg dafür Sorge tragen. Dies ist besser und menschlicher als 50 Jahre Sozialleistungen zu gewähren! Die Schnelligkeit, mit der sich ein Wandel in der Arbeitswelt vollzieht, darf nicht zu dem Trugschluss führen, eine umfassende Ausbildung lohne nicht mehr, weil Technologie und Wissen zu schnell veraltet. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade wegen der Transformation ist eine Erstausbildung, die Schlüsselkompetenzen vermittelt, wichtig. Wir wollen, dass Menschen Berufe erlernen und damit anständig verdienen. Unser Wohlstand begründet sich auf unserer Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Dies bedeutet: Dem freien Markt sind klare Grenzen gesetzt. Der Markt dient dem Menschen und nicht umgekehrt. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss sich daran messen, ob es das Leben möglichst vieler Menschen besser macht. Auf einen Punkt gebracht: Der Mensch ist wichtiger als der Markt!

Für mehr Tarifbindung

in den Betrieben



Manfred Czock

Die politische Wende ist 29 Jahre her. Leider zeichnen sich auf dem Arbeitsmarkt noch immer deutliche Unterschiede auf und die Arbeitszeit ist im Osten immer noch höher als im übrigen Teil des Landes. Erschwerend kommt hinzu die unzureichende Verbands- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Wir müssen den Menschen Perspektiven aufzeigen, denn auch

Fachkräftemangel sagt doch aus: Ohne Moos nichts los. Lehrlingsendgelter von unter 300€ gibt es hierzulande immer noch und die Begründung hierfür ist in den meisten Fällen hanebüchen. Einkommensunterschiede von bis zu 1000€ sind Fakt. Es sind für 10.10.18 und 6.11.18 Gespräche mit den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie geplant, wo über alles gesprochen werden soll. Gott sei Dank ist die Tarifbindung in den letzten 11 Jahren durch den Druck der Belegschaften in der Metall- und Elektroindustrie von 12 auf jetzt 70 Unternehmen erhöht worden. Die jüngere Generation ist eher bereit, sich zu trauen, ihre Anforderungen an die Arbeitsbedingungen zu artikulieren und auch sich durch spontane Arbeitsniederlegungen dafür einsetzen.

Ein Hinweis ans Handwerk

30 % der Auszubildenden haben keinen Ausbildungsplan. Bekannt ist, dass Azubis samstags verpflichtet werden, ohne Bezahlung, ohne Arbeitszeitnachweis zur Arbeit zu erscheinen. Guten Fachkräftenachwuchs

**Aufruf an die Arbeitgeber:
Nur mit einer motivierten und
zufriedenen Belegschaft erreiche
ich Spitzenleistungen in der
Wirtschaft.**

erreiche ich nur durch hochwertige Ausbildungsbedingungen. Unsere Landesregierung, unterschrieben von Dr. Haseloff, unterstützt das Anliegen, mehr Betriebe in Tarifbindung zu bringen durch den Tarifpakt 2010. Firmen, die unterhalb des Flächentarifvertrages bezahlen, sind eindeutig die Verlierer im Kampf um Fachkräfte. Die Gewerkschaften waren aber auch bereit, durch betriebliche Heranführungstarifverträge in mehreren Schritten zum Flächentarifvertrag (z.B. in 4 Jahren) zu kommen. Am 20.5.16 wurde dieses Abkommen unterschrieben. Die Übergabe von Fördermitteln sollte man abhängig machen von gesetzlichen und tariflichen Bedingungen im jeweiligen Unternehmen.

Noch ein paar Bemerkungen zur angestrebten Beschränkung von Kettenbefristungen, das bedeutet gerade für junge Leute mehr Sicherheit in ihrer Lebensplanung und das Rückkehrrecht aus der Teilzeit schützt sie vor der Teilzeitfalle. Unsere Landesregierung hat mit dem Tarifpakt 2010 mit der IG Metall die Grundlage für eine bessere Tarifpolitik geschaffen.

Treffen zum Tag der

deutschen Einheit

Seit Anfang der 1990er Jahre treffen sich zum Tag der Deutschen Einheit Vertreter der CDA, anfangs aus den Verbänden Sachsen-Anhalt und Hannover, heute auch zusätzlich aus den Verbänden Thüringen und Braunschweig. Das diesjährige Treffen fand in Erfurt statt. Die Teilnehmer wurden im Erfurter Rathaus vom Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, CDA-Kollegen Michael Panse, empfangen und über Belange der Stadt informiert. Am 3. Oktober nahmen die CDA-Gruppen an einer festlichen Andacht mit Musik in der Michaeliskirche teil. Es predigte Senior Dr. Matthias Rein. Die Festrede hielt Marion Walsmann MdL. Anschließend besuchten die Gruppen die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße. Sie erinnert

an Unterdrückung und Widerstand während der SED-Diktatur in Thüringen 1949–1989. Im Gebäude der heutigen Gedenkstätte betrieb das Ministerium für Staatssicherheit der DDR eine Untersuchungshaftanstalt. Mehr als 5000 Menschen wurden hier inhaftiert, weil sie sich dem kommunistischen Regime widersetzt hatten. Zum nächsten CDA-Treffen zum Tag der Deutschen Einheit hat die CDA Sachsen-Anhalt nach Dessau eingeladen. Dessau steht 2019 ganz im Zeichen des Jubiläums 100 Jahre Bauhaus in Dessau. Wer im Jahre 2019 dabei sein will, sollte sich den 2. und 3. Oktober vormerken.



Die CDA-Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen-Anhalt: obere Reihe v.l.n.r. Stefan Domke, Sylvia Laabsch, Erich Eckart, Jürgen Scharf, untere Reihe v.l.n.r. Josef Schwenke, Manfred Czock, Prof. Dr. Mathias Ulmer, Gabriele Wronna, Siegfried Wronna (nicht CDA)
Foto: Siegfried Wronna

Mit Optimismus gegen

Nationalismus



Mathias Ulmer,
Mitglied im Bundesvorstand der CDA

Politik konkret für die Menschen!

Es kann niemanden überzeugen, wenn Mitglieder von Regierungsparteien vor allem streiten und nur Fehler der Regierung aufzeigen. Zwist ist Mist!

Denn auch wenn es Fehlentwicklungen gibt: Insgesamt geht es unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel in die richtige Richtung. Noch nie hatten so viele Deutsche einen Job. Ende 2016 waren fast 43,7 Millionen Menschen in Lohn und Brot. Gegenüber Februar 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen um über 5 Millionen gestiegen.

In den Jahren 2017 und 2018 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Es ist also bisher nicht so, dass die Digitalisierung Arbeitsplätze vernichtet, obwohl sie schon in vollem Gange ist. Schaut man die geschichtliche Entwicklung der letzten 150 Jahre in Deutschland an, so kann man feststellen, dass zwar sehr viele Millionen Arbeitsplätze zuerst in der Landwirtschaft und später in der Industrie verloren gegangen sind.

Dies wurde aber durch die Entwicklung in anderen Bereichen mehr als ausgeglichen. Uns geht die Arbeit nicht aus! Und auch nicht die gute Arbeit.

Gute Arbeit!

Oft ist in den Medien von „prekärer Beschäftigung“ die Rede. Das ist irreführend: Denn hierzu zählen Teilzeit-Jobs mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Sicher gibt es hier etwas zu tun. Viele Menschen, z. B. Mütter, haben sich aber bewusst für Teilzeit entschieden. Es ist ein Erfolg, wenn hier Menschen flexibel sein können. Befragungen zeigen: Nur rund 12 % der in Teilzeit Beschäftigten wollen tatsächlich mehr arbeiten. Viele möchten sich nur etwas dazuverdienen, wie z. B. der Student oder der Rentner, der Zeitungen austrägt. Es ist kein Skandal, wenn Menschen sich ihr Leben so gestalten wie sie es wünschen. Und die meisten offenbar auch die finanziellen Möglichkeiten dafür haben. Denn nur 4,3 % der in Teilzeit Beschäftigten beziehen zusätzlich Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV). Sicher sollte möglichst niemand auf solche Unterstützung angewiesen sein. Aber eine drohende massenhafte Armut ist nicht erkennbar.

Die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist für den Beschäftigten fast immer unerfreulich. Sie ist zu vermeiden. Die Zahl der befristeten Jobs sank aber sogar geringfügig von 2,76 Millionen (Anteil an allen Erwerbstätigen: 6,8 %) im Jahr 2007 auf jetzt 2,57 Millionen (Anteil: 5,9 %). Auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten verringerte sich im gleichen Zeitraum leicht von 5,32 Millionen (Anteil: 12,3 %) auf 5,14 Mio. (Anteil: 11,3 %), so das Statistische Bundesamt. Es gibt also kein Indiz, dass es bergab ginge. Trotz vorübergehender Krisen bewährt sich die soziale Marktwirtschaft.

Plus im Geldbeutel!

Die Reallöhne stiegen in Jahren 2015 bis 2017 jeweils um 2,4 %, 1,8 % und 0,8 %. Jedes Jahr blieb den Menschen also mehr Geld als im Vorjahr. Mit „Reallohn“ bezeichnet man das Lohnplus abzüglich der Inflationsrate.

Sieben Mal gab es seit 2010 Reallohnzuwächse. Nur 2013 lag die Inflation um 0,1 % über den durchschnittlichen Lohnanhebungen. Insgesamt haben Arbeitnehmer seit 2010 im Schnitt rund 10 % mehr Geld zur freien Verfügung. Die Einkommen von Selbstständigen stiegen im gleichen Zeitraum ähnlich.

Auch kleine Einkommen profitieren vom Aufschwung: Die Löhne von Geringverdienern legten innerhalb der letzten zehn Jahre laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im gleichen Umfang zu wie die mittleren Einkommen.

Höhere Renten

Weil der Arbeitsmarkt boomt und die Löhne kräftig gestiegen sind, profitieren auch die Rentner. Zum 1. Juli 2016 ist die Rente im Osten um fast 6 % und in den Folgejahren um jeweils rund 3,5 % gestiegen. Unter Rot-Grün folgte auf eine Nullrunde für die Rentner die nächste. Diese Entwicklung seit 2005 ist auch der guten Wirtschaftspolitik der von Angela Merkel geführten Regierung auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft zu verdanken ist. Dies zeigt: Die demografische Entwicklung muss nicht zwangsläufig zu sinkenden Renten führen.

Künftige Herausforderungen

Eine gute Wirtschaftsentwicklung fällt einer Regierung nicht in Schoß, wie die Entwicklung in unseren europäischen Nachbarländern zeigt. Die Anstrengungen dürfen nicht nachlassen. Denn auch wenn es vielen gut geht, darf man diejenigen nicht vergessen, denen es noch nicht gut geht. Eine gute Wirtschaftspolitik ist aber nicht nur die Basis für eine anständige Sozialpolitik. Mit den so erwirtschafteten Mitteln lassen sich beispielsweise auch mehr Polizisten bezahlen, die Herausforderungen der Klimaerwärmung besser bewältigen und eine solide Bildung finanzieren. Auch hier gilt: uns geht die Arbeit nicht aus.

*Sven Schulze –
Sachsen-Anhalts
Stimme in Europa*



Mach mit!

Impressum
V.i.S.d.P.:
Mario Karschunke

Layout/Druck:
Druckerei Mahnert GmbH,
Aschersleben

MITGLIED WERDEN!

JA, ich beantrage die Aufnahme in die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Herr

Frau

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Geburtsdatum, Geburtsort

E-Mail

Telefon, Mobil

Bei den oben genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der CDA Deutschlands erforderlich sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die CDA Deutschlands im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet.

Per Post: CDA Hauptgeschäftsstelle
Postfach 04 01 49, 10061 Berlin

Per Fax: 030/922511-2110

Im Netz: www.cda-bund.de/mitmachen



Der sozialpolitische Flügel der CDU

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von monatlich:

5- € 10,- € 15- € _____ €

Als einmalige Aufnahme spende zahle ich:

20- € 40,- € 80- € _____ €

Geldinstitut

IBAN

Ich ermächtige die CDA Deutschlands die oben genannten Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CDA Deutschlands auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Mit dem Absenden des Formulars werden die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten gemäß Art. 4 Ziffer 1 gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bzw. besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO (politische Meinung) von der CDA Deutschlands gemäß Art. 9 Abs. 2 DS-GVO verarbeitet und zur Bearbeitung ihres Mitgliedsantrages und ihrer Mitgliedschaft verwendet. Weitere Informationen zu Ihren Rechten gemäß Art. 13 DS-GVO finden Sie unter <https://www.cda-bund.de/informationnachart13dsgvo/>.

Ort, Datum

Unterschrift